

## Gab es einen Stalin-Hitler-Pakt?

Wissenschaftliche Tagung an der **Freien Universität Berlin** (21./22. Februar 2014), veranstaltet von **Prof. Christian Koch u.v.a.**<sup>1</sup>, mit den Professoren und Doktoren **Annie Lacroix-Riz** (Paris), **Domenico Losurdo** (Urbino), **Heinrich Schwendemann** (Freiburg), **Geoffrey C. Roberts** (Cork), **Günter Morsch** (Berlin), **Kurt Pätzold** (Berlin), **Marek Kornat** (Warschau), **Michael J. Carley** (Montréal), **Sergej V. Kudrjašov** (Moskau), **Stanisław Żerko** (Posen), **Ulrich Schneider** (Berlin), **Werner Röhr** (Berlin)<sup>2</sup>

Veranstaltungsbericht von *Mathias Wörsching*, <http://faschismustheorie.de>

### Zur Tagung und ihrer Problemstellung

Vor dem Publikum dieser Tagung rollte sich ein Panorama-Bild der Vor- und Ereignisgeschichte, Wirkungen und Nachwirkungen des deutsch-sowjetischen Nichtangriffsvertrages vom 23. August 1939 auf. Aus vielen, auch strittigen Blickwinkeln wurden die Vorgänge beleuchtet, die für die Geschichte Europas und der Welt ebenso große Bedeutung haben wie für vergangene und gegenwärtige erinnerungspolitische Kontroversen. Allerdings verlor sich die Veranstaltung hin und wieder in Detail-verliebten Spezialdebatten der Historiker/-innen und vernachlässigte darüber die großen Linien.<sup>3</sup> Vielleicht hätte der abschließende Beitrag von Prof. **Günter Morsch**, dem Leiter der „Stiftung Brandenburgische Gedenkstätten“, besser am Anfang der Tagung stehen sollen, denn er pointierte die wesentlichen politischen Streitfragen rund um den sogenannten „Hitler-Stalin-Pakt“<sup>4</sup>:

Nach dem Ende der Blockkonfrontation in den Jahren 1989-1991 schien es kurze Zeit so, als wäre das Ende der großen, ideologisch gebundenen „Meister-Erzählungen“ (*master narrati-*

---

<sup>1</sup> Mitveranstaltende waren: Berlin-Brandenburgische Auslandsgesellschaft e.V., Centrum badań historycznych Polskiej Akademii Nauk w Berlinie, Deutsch-Polnische Akademische Gesellschaft e.V., Deutsch-Polnische Gesellschaft der Bundesrepublik Deutschland e.V., Fédération Internationale des Résistants - Association Antifasciste (FIR), Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes/Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten (VVN-BdA) e.V. Die Schirmherrschaft hatte inne: Prof. Władysław Bartoszewski, polnischer Außenminister a.D. Finanziell gefördert wurde die Tagung von der Berlin-Brandenburgischen Haushaltsgesellschaft und der Bundeszentrale für politische Bildung. Grußworte schickten Bundesaußenminister Steinmeier, Berlins Regierender Bürgermeister Wowereit und Petra Pau (MdB, DIE LINKE).

<sup>2</sup> Die Themen der einzelnen, ausnahmslos hoch informativen Referate sind der Einladung zur Tagung zu entnehmen (s. [http://faschismustheorie.de/wp-content/uploads/2011/01/Einladung\\_Tagung\\_Stalin-Hitler-Pakt\\_Feb.-2014.pdf](http://faschismustheorie.de/wp-content/uploads/2011/01/Einladung_Tagung_Stalin-Hitler-Pakt_Feb.-2014.pdf)). Dieser Bericht wirft nur einige Schlaglichter und kann daher die Inhalte der einzelnen Beiträge nicht einmal summarisch wiedergeben. Insbesondere ist es leider nicht möglich, die Urheber/-innenschaft jeder einzelnen Information oder Anregung stets auszuweisen.

<sup>3</sup> Kritisch sei an dieser Stelle auch angemerkt, dass eine durchgängige Übersetzung der vielen fremdsprachlichen Beiträge mit entsprechender personeller und technischer Ausstattung den vielen älteren Besucher/-innen wohl sehr entgegengekommen wäre – ohne damit die große Leistung der beiden jungen Leute, die dolmetschten, schmälern zu wollen.

<sup>4</sup> Im üblichen Sprachgebrauch der Diplomatie und der Geschichtswissenschaft bezeichnet „Pakt“ eine Art von Vertrag, die gegenseitige und gewissermaßen automatisierte militärische und sonstige Hilfeleistung in bestimmten, festgelegten Situationen festschreibt – dies fehlte im deutsch-sowjetischen Vertragswerk.

ves) der Geschichte gekommen und als würden die vielfältigen, widersprüchlichen Erinnerungen der ethnischen und politischen Kollektive Europas in eine offene Debatte treten. Seit einer Reihe von Jahren ist ein gegenläufiger Trend zu beobachten: Eine breite Koalition politischer Kräfte bemüht sich, ein neues europäisches *master narrative* durchzusetzen. Diese Koalition reicht von nationalistischen und konservativen Formationen bis weit ins liberale, sozialdemokratische und grüne Spektrum. Ihr zentraler Handlungsraum ist das europäische Parlament, das mit großem finanziellem und symbolischem Aufwand eine unablässige Folge von Resolutionen, Veranstaltungen, Förderprogrammen und einzelnen Projekten wie Forschungsaufträgen und Ausstellungen ins Werk setzt. In Deutschland gehört etwa der Bundespräsident Joachim Gauck zu den Motoren dieser geschichtspolitischen Offensive; eine treibende Kraft sind aber auch die neuen EU-Mitgliedsstaaten in Ost- und Südosteuropa.

G. Morsch sagte es nicht ausdrücklich, aber klar scheint: Eine verbindliche Geschichtsauffassung in der EU wird von einer Mehrheit der politischen Führungsgruppen offenbar als unerlässlich für den Erfolg des europäischen Einigungsprojektes mit all seinen wirtschaftlichen und machtpolitischen Konsequenzen angesehen. Die neue historische „Meister-Erzählung“ richtet sich in erster Linie gegen das, was ihre Anhänger/-innen unter „Totalitarismus“ verstehen, und stellt die Europäische Union in leuchtendem Kontrast zum vergangenen totalitären Unheil dar.

Kristallisationspunkt dieser geschichtspolitischen Offensive ist das Streben nach einem gesamteuropäischen Gedenktag für die Opfer aller totalitären Regime des 20. Jahrhunderts am 23. August, dem Jahrestag des „Hitler-Stalin-Pakts“. Wie in einem Brennglas spiegelt sich in der Deutung des sogenannten Hitler-Stalin-Pakts die Problematik der anti-totalitären Ideologie. Der deutsch-sowjetische Nichtangriffsvertrag gilt dieser Geschichtsauffassung als Ergebnis und als Beweis der inneren Wesensgleichheit von Kommunismus/Stalinismus und Faschismus/NS. Die beiden totalitären Großmächte Nazideutschland und Sowjetunion sollen mit der 1939 beschlossenen Aufteilung Polens den Zweiten Weltkrieg begonnen und verschuldet haben.

Dieser Anti-Totalitarismus ist von irgendeiner historischen Ausgewogenheit weit entfernt. Vielmehr ist er vor allem eins: Vehement antikommunistisch. Durch seine platten Verwischungen und Gleichsetzungen werden die Verbrechen des NS und der europäischen Faschismen – Vernichtungsversuch gegen jüdische und als „Zigeuner“ stigmatisierte Menschen, rassistischer Vernichtungskrieg gegen die slawischen Länder und vieles mehr – immer wieder zur bloßen Fußnote. Die Tagung am 21. und 22. Februar 2014 in Berlin belegte vielfach, wie falsch das anti-totalitäre Geschichtsbild ist. Vor allem beleuchtete sie einen entscheidenden Umstand, den auch G. Morsch betonte:

Der NS und die europäischen Faschismen samt des Unheils, das sie hervorbrachten, lassen sich nicht verstehen, ohne die bürgerliche Gesellschaft Europas mit ihren Herrschaftsverhältnissen und Ideologien menschlicher Ungleichwertigkeit in den Blick zu nehmen. Ob Rassismus, Judenhass, Frauenverachtung, Homophobie, der nationalistische Wahn – die Zutaten des Faschismus und Nazismus kamen aus dem bürgerlichen Europa, nicht von Lenin und Stalin. Diese Zustände und Ideologien sind auch heute noch sehr lebendig, in allen Ländern Europas, und die anti-totalitäre Offensive der europäischen „Eliten“ kann dem Wieder-Erstarken extrem rechter Tendenzen nicht nur nichts entgegensetzen, sondern leistet ihm auf dramatische Weise Vorschub.

Es war der erste Referent der Tagung, Prof. **Domenico Losurdo**, der diesen Sachverhalt schlagend verdeutlichte. Losurdo veranstaltete im Grunde ein Gedankenspiel. Er fragte: Wenn

alle Welt Stalin und Hitler für totalitäre Zwillingsbrüder hält – könnte dann nicht auch nach den Parallelen zwischen dem NS und dem britischen Kolonialismus, der südafrikanischen Apartheid oder der Rassentrennung in den Südstaaten der USA gefragt werden? Losurdo begab sich auf eine ideen- und begriffsgeschichtliche Expedition: NS-Ideologen wie Alfred Rosenberg betrachteten Südafrika und die USA als Vorbild der von ihnen erträumten Rassenordnung und geradezu als Gegen-Modell zum ihrer Ansicht nach „verjudeten“ und „vernegerten“ Frankreich oder zum angeblich asiatisch, mongolisch und jüdisch geprägten Sowjetrußland. Wieso nicht statt der üblichen anti-totalitären Gleichsetzung von Nazismus und Kommunismus eine Gleichsetzung zwischen dem kapitalistisch-kolonialistisch geprägten Westen und dem NS vornehmen? Bis in die Wortwahl hinein, etwa bei den Begriffen „Herren-Rasse“ oder „Untermensch“, so Losurdo, hätten die Nazis vom US-Rassismus abgekupfert.<sup>5</sup>

Im Folgenden werden die zentralen Gehalte der Tagung vorgestellt, gruppiert nach den wesentlichen Akteuren von 1939: Nazideutschland, die westlichen Großmächte Frankreich und Großbritannien, das im September 39 zwischen Deutschland und der Sowjetunion geteilte Polen, und schließlich die Sowjetunion Stalins. Diese Revue wird enthüllen, wie irreführend die anti-totalitäre Geschichtserzählung der EU-„Eliten“ ist. Am Ende steht ein Resümee der wesentlichen Konsequenzen für eine antifaschistisch motivierte Faschismustheorie und Stalinismus-Kritik.

## Deutschland

Prof. **Werner Röhr** und andere Referent/-innen legten dar: Die Absichten der Nazi-Führung hätten in den 1930-er Jahren allen politisch interessierten und informierten Leuten bekannt sein können. Sie waren in Werken wie „Mein Kampf“ von Hitler schon lange dargelegt worden und beschränkten sich mitnichten auf eine Revision der Ergebnisse der Ersten Weltkriegs, sondern waren auf die Eroberung von „Lebensraum“, auf eine rassistisch-imperialistische Neuordnung Europas und der Welt gerichtet, in der jüdische oder als „Zigeuner“ klassifizierte Menschen gar keinen und die meisten anderen, vor allem die slawischen Menschen, nur als Sklaven Platz haben sollten.

Allerdings vermochte Hitler in den 30-er Jahren durchaus erfolgreich, seine eigentlichen Interessen zu kaschieren und potenzielle Feinde gegeneinander auszuspielen. Die Nazi-Führung war von vornherein wild entschlossen, einen großen Krieg vom Zaun zu brechen. Gerade am Beispiel des Überfalls auf Polen lässt sich zeigen, wie zielstrebig alles vorbereitet wurde – militärisch, wirtschaftlich, geheimdienstlich, diplomatisch. Selbst die mörderischen „Einsatzgruppen“ für die Massenerschießungen der polnischen Führungsgruppen, der Linken und der jüdischen Bevölkerung gingen schon seit dem Frühjahr 39 in Stellung.

---

<sup>5</sup> Losurdo warf ein Schlaglicht, doch sein Beitrag verwischte auch Vieles. In sehr Holzschnitt-artiger Manier präsentierte er Hitler als Exponenten der „kolonialistischen Konterrevolution“ und Stalin als den der „antikolonialen Revolution“. Dabei verzeichnete er wohl nicht nur Stalins Rolle, sondern unterschlug auch, dass nicht wenige antikoloniale, antiimperialistische Bewegungen der 1920-er bis 40-er Jahre (und danach) selbst faschistische und pro-nazistische Formen annahmen. Von mir darauf angesprochen, reduzierte Losurdo dieses Moment auf rein taktische Motivationen.

Wie Prof. **Stanisław Żerko** sagte, hätte Hitler ursprünglich am liebsten ein Bündnis mit Großbritannien gegen die Sowjetunion geschlossen. Auch Polen wäre ihm als antibolschewistischer, antisemitischer Vasallenstaat in einem deutsch dominierten Europa ganz recht gewesen. Er respektierte den 1935 verstorbenen polnischen Diktator Pilsudski als erfolgreichen antikommunistischen Kämpfer<sup>6</sup> und umwarb die polnischen „Eliten“ geraume Zeit.

Aber die polnischen Führungsgruppen, so rechts sie auch eingestellt waren, hatten doch keinerlei Bereitschaft, zu Vasallen Nazideutschlands zu werden, sondern stattdessen eigene Großmacht-Träume. Hier zeigt sich ein grundlegendes Muster der Politik Hitlers: Er vermochte es zwar bis zum Anfang der 40-er Jahre, seine Kontrahenten zu täuschen und zu spalten, etwa mit dem sogenannten Hitler-Stalin-Pakt, doch seine Manöver und Kombinationen hatten alle etwas abenteuerliches und Taschenspieler-mäßiges. Sämtliche grundlegenden Annahmen Hitlers und der engsten Nazi-Führung waren falsch: Polen ließ sich nicht auf ihre Seite ziehen. Die Geduld Britanniens wurde doch einmal überspannt, und es nahm den Überfall auf Polen am 1. September 1939 nicht einfach hin, sondern trat am 3. September in den Krieg und verhängte in der Folge eine wirksame See-Blockade. Stalins Sowjetunion mit ihrer Armee war kein leichter Gegner, sondern mobilisierte ungeahnte Widerstandskräfte.

Dennoch stellt sich die nazistische Außenpolitik von 1933-1939 als eine Kette gelungener Täuschungen dar. Keinen geringen Anteil daran hatte, dass innerhalb der deutschen Führungsgruppen unterschiedliche Fraktionen mit je eigenen außenpolitischen Konzepten existierten. Hitler benutzte dies für seine diplomatischen Inszenierungen. Die wichtigen Leute im Auswärtigen Amt entstammten dem konservativen Milieu; sie waren anti-britisch und anti-polnisch. Diese Kreise und auch der nazistische Außenminister Ribbentrop tendierten zum Plan einer kontinentalen Kriegskoalition gegen den Hauptfeind Großbritannien und waren daher tendenziell an guten Beziehungen zur Sowjetunion im Stile des Vertrags von Rapallo<sup>7</sup> interessiert. Dieser Fraktion kam im Kalkül Hitlers die Aufgabe zu, nach dem Scheitern seiner ursprünglichen Konzeption eines antibolschewistischen Bündnisses unter Einbezug des Vereinigten Königreichs und Polens ins Geschäft mit Stalin zu kommen und den Eindruck ehrlicher Friedensabsichten erwecken zu helfen. Hitler brauchte die zeitweilige Annäherung an die Sowjetunion, um seine Kriegspläne gegen Polen abzusichern, und rückte doch nie auch nur einen Millimeter von seinem Hauptziel ab: Dem großen rassistisch-antikommunistischen Vernichtungskrieg um imperialen Lebensraum im Osten.

## **Großbritannien und Frankreich**

Die beiden westlichen Großmächte wurden vorrangig in den Beiträgen von Prof. **Annie Lacroix-Riz** und Prof. **Michael J. Carley** behandelt. Die britischen und französischen Führungs-

---

<sup>6</sup> Unter der Führung Pilsudskis gelang den polnischen Streitkräften 1921 ein großer Sieg über die Rote Armee (das sogenannte „Wunder an der Weichsel“), in dessen Folge die Sowjetunion große, mehrheitlich nicht von Polen besiedelte Gebiete im Westen des ehemaligen Zarenreiches an Polen abtrat. Genau diese Gebiete holte sich die Sowjetunion 1939 wieder zurück.

<sup>7</sup> In Rapallo vereinbarten Deutschland und die Sowjetunion 1922 eine umfangreiche wirtschaftliche, technische und militärische Zusammenarbeit. Es handelte sich um eine notgedrungene Annäherung zweier Staaten, die in der damaligen Weltpolitik ausgegrenzt wurden und eine erhebliche Minderung ihres Territoriums und ihrer Macht erfahren hatten.

gruppen ließen sich wesentlich von ihrem militanten Antikommunismus leiten, in den sich vielfach anti-russische und antisemitische Ressentiments mischten. So verpassten sie trotz zahlreicher Avancen des sowjetischen Außenpolitikers Litwinow während der 30-er Jahre die Chance, den nazideutschen Imperialismus durch ein Bündnis nach dem Muster der Entente des Ersten Weltkrieges einzudämmen. Stattdessen lieferte ihre Politik der Besänftigung (*appeasement*) den wichtigen Bündnispartner Tschechoslowakei 1938 ans Messer der Nazis und verschlechterte die Ausgangslage für den kommenden Krieg gegen Deutschland dramatisch.<sup>8</sup>

Die Politik Großbritanniens und Frankreichs musste bei den Nazis Hoffnungen nähren, dass sich mit Polen ein Szenario anbahnen könnte wie mit der Tschechoslowakei, und die deutschen Expansionsgelüste befeuern. Gleichzeitig sendeten die Westmächte Signale ihrer unverbrüchlichen Bündnistreue an Polen, obwohl sie weder willens noch in der Lage waren, Polen effektiv militärisch zu helfen. Großbritannien wollte möglichst wenige Soldaten auf dem Kontinent opfern und vorrangig zu Wasser und in der Luft operieren. Frankreichs Militärdoktrin war streng defensiv und baute auf die stark befestigte Maginot-Linie in Ostfrankreich. Beide Mächte hatten keine Möglichkeit, ausreichend starke Kräfte schnell genug nach Polen zu schicken, und planten auch nichts Dahingehendes. Vor diesem Hintergrund lassen sich die Bekundungen der Bündnistreue gegen Polen – völkerrechtlich bindende Verträge eingeschlossen – nur als Teil einer perfiden Strategie deuten, Polen zu opfern, um selbst noch eine Zeit verschont und vielleicht doch lachender Dritter einer großen sowjetisch-deutschen Auseinandersetzung zu werden.

Die britisch-französische Politik war katastrophal und ist im Rückblick schwer verständlich, denn es gab in der westlichen Diplomatie, in den Geheimdiensten und auch bei Spitzenpolitikern unterschiedlicher Parteien in Großbritannien und Frankreich durchaus zutreffende Einschätzungen der Lage. A. Lacroix-Riz brachte es auf den Punkt: Das „Klassenkampf-Interesse“ der westlichen Eliten, ihr fanatischer Antikommunismus kollidierte mit den vitalen strategischen Interessen ihrer Nationalstaaten und verhinderte eine angemessene Politik.

## **Polen**

Was eben über die herrschenden Kreise Frankreichs und Großbritanniens gesagt wurde, gilt in ähnlicher Weise auch für die polnischen Führungsgruppen. Diese, größtenteils aus Adligen bestehend, waren ultranationalistisch, antikommunistisch und antisemitisch. Handfeste wirtschaftliche Interessen kamen hinzu: Viele Großgrundbesitzer hatten ihre Güter im Osten Polens. Ein Militärbündnis mit der Sowjetunion, womöglich mit Durchmarschrechten für sowjetische Truppen<sup>9</sup>, kam für sie nicht in Betracht, denn sie fürchteten vor allem die soziale Revolution, als deren Überträger sie die Rote Armee ansahen. Sie ängstigten sich vor der radikalen Linken im eigenen Land, die sie mit harter Hand unterdrückten, und verdächtigten auch die

---

<sup>8</sup> Mehrmals wurde auf der Konferenz betont, wie kriegswichtig das industrielle Potenzial und die Rüstungsgüter der Tschechoslowakischen Republik waren.

<sup>9</sup> Das Thema der Durchmarschrechte kam mehrmals auf der Konferenz vor. Es war ein zentrales Problem der Verhandlungen zwischen Polen, der Sowjetunion, Großbritannien und Frankreich im unmittelbaren Vorfeld des Nichtangriffsvertrages gewesen. W. Röhr machte darauf aufmerksam, dass auch das in mit Polen vergleichbarer Lage befindliche Belgien den Franzosen Derartiges nicht gewährte und die polnische Politik an diesem Punkt absolut im Rahmen des außenpolitisch Üblichen lag.

zahlreiche jüdische Bevölkerung ihres Landes der Sympathie mit der Sowjetunion und dem Kommunismus.<sup>10</sup>

Die Ängste der polnischen „Eliten“ vor der Sowjetunion waren zwar nicht unbegründet, wie die Stalinschen Massenmorde an polnischen Führungskräften nach Mitte September 39 vor Augen führen. Trotzdem wäre, da die Westmächte ausfielen, das Bündnis mit der Sowjetunion die einzige reale Chance Polens gewesen, der völkermörderischen Eroberung durch Nazideutschland zu entgehen.

Statt aber alles an ein Bündnis gegen Deutschland mit der Sowjetunion und den Westmächten zu setzen, orientierte die polnische Außenpolitik unter Jozséf Beck in den 30-er Jahren auf die Zusammenarbeit mit Deutschland. Polen beteiligte sich zudem an der Zerschlagung und Aufteilung der Tschechoslowakei.<sup>11</sup> Das Prinzip der polnischen Außenpolitik war, Polen im Spannungsfeld zwischen Deutschland, den Westmächten und der Sowjetunion größtmögliche Vorteile, Absicherung und Bewegungsfreiheit zu verschaffen.<sup>12</sup> Unter dem Schlagwort „Zentral-Europa“ spielten hier auch Ambitionen auf eine hegemoniale Rolle in Ost- und Ostmitteleuropa hinein. Die polnische Politik war desaströs, aber es darf nicht verkannt werden, dass Polen unter den maßgeblichen Akteuren von 1939 die schwächste Macht darstellte, den geringsten Gestaltungsspielraum besaß und den größten Schaden davontrug – das stellten die polnischen Referenten der Tagung, Prof. **Marek Kornat** und S. Żerko, deutlich heraus.

## **Sowjetunion**

Die sowjetische Perspektive wurde unter anderem durch das Referat von Prof. **Geoffrey C. Roberts** erhellt. Nach dem Scheitern der vielen gegen Deutschland gerichteten sowjetischen Bündnisangebote an die Westmächte zog Stalin personelle und strategische Konsequenzen: Litwinow wurde im Mai 39 durch Molotow ersetzt und es begannen intensive Verhandlungen mit Deutschland. Deren Resultat, der Nichtangriffsvertrag, mochte Stalin als letzte Möglichkeit erscheinen, sein Land noch eine Weile aus dem kommenden großen Krieg herauszuhalten und die Aufrüstung weiter voranzutreiben. Während die Versuche, das Verhältnis mit den kapitalistischen Großmächten zu normalisieren, in den Jahren zuvor nur geringe Ergebnisse gebracht hatten, lockte Nazideutschland mit gewaltigen Ködern:

Der Gewinn Ostpolens und der direkte Zugriff auf die baltischen Staaten Estland, Lettland und Litauen bedeutete eine kaum zu überschätzende militärisch-strategische Vorfeldsicherung für den Fall eines deutschen Angriffs und lag außerdem völlig auf der Linie traditioneller russischer Großmachtspolitik, an die Stalin in Vielem wieder anknüpfte. Mindestens ebenso große Vorteile boten sich der Sowjetunion auf dem Gebiet der Wirtschaft und der Rüstung – darauf wiesen besonders die Referate von Dr. **Heinrich Schwendemann** und Dr. **Sergej V.**

---

<sup>10</sup> Ein zusätzlicher Unsicherheitsfaktor waren die militant-terroristischen Nationalisten in der West-Ukraine, einem Teil des damaligen Ostens von Polen (S. Żerko).

<sup>11</sup> Polen erhielt bei der Münchener Konferenz 1938 die teilweise polnisch besiedelte Stadt Teschen und das umliegende Gebiet.

<sup>12</sup> Polen schloss 1932 mit der Sowjetunion und 1934 mit Deutschland einen Nichtangriffspakt. Parallel dazu wurde das Bündnis mit Frankreich und Großbritannien vertieft.

**Kudrjašov** hin. Die Deutschen lieferten der Sowjetunion moderne Maschinen und Militärtechnik, zum Beispiel Kampfflugzeuge.

Der forcierte Aufbau einer modernen sowjetischen Militär-Großmacht und ihrer Voraussetzung, einer leistungsfähigen Schwer- und Rüstungsindustrie, war eines der wichtigsten Ziele Stalins. Um es zu erreichen, wendete er zumal in den 30-er Jahren terroristische Sklaverei-Methoden auf großer Skala an. Möglichst schnell stark und mächtig zu werden, war für die von den kapitalistischen Großmächten bedrohte Sowjetunion eine Frage des Überlebens. Genau an dieser existenziellen Problematik setzte die Verlockung Nazideutschlands an. Entsprechend hohe Priorität hatte das deutsch-sowjetische Verhältnis für Stalin. Bis in technische, diplomatische und ökonomische Details hinein kontrollierte der Diktator persönlich das Geschehen auf sowjetischer Seite.

Der Umfang der deutsch-sowjetischen Wirtschaftskooperation war beträchtlich. Von 1939 bis 1941 wurden die beiden Staaten zu Haupthandelspartnern. Die Sowjetunion lieferte insbesondere landwirtschaftliche Erzeugnisse wie Getreide, Baumwolle und Vieh sowie Rohstoffe wie Mangan und, vor allem, Öl. Bis buchstäblich zur fast letzten Stunde vor dem deutschen Überfall am 22. Juni 1941 rollten die Transportwagons nach Westen. Ohne die sowjetischen Lieferungen wäre die deutsche Kriegsmaschine nicht funktionsfähig gewesen.

Damit ist ein Hauptthema der historisch-politischen Kontroverse angesprochen: Die grandiose Fehleinschätzung Stalins, der einen deutschen Angriff im Frühjahr 41 nicht für möglich hielt und die zahlreichen Warnungen ignorierte, obwohl sich der deutsche Aufmarsch an der Grenze vor den Augen der Sowjets vollzog. Stalins militärtechnische Wunschzettel für die Verhandlungen mit Deutschland, die in russischen Archiven überliefert sind, ermöglichen Einblicke in das (Fehl-) Kalkül des Diktators. Es ging ihm vorrangig um die Modernisierung von Marine und Luftwaffe; einen Landkrieg sah Stalin offenbar einerseits als nicht unmittelbar bevorstehend und das Heer der Sowjetunion andererseits als ausreichend gerüstet an – was es im Prinzip auch war. Stalin rechnete wohl damit, dass Nazideutschland im Westen noch längere Zeit gebunden sein würde. Er konnte sich nicht vorstellen, dass Hitler den aus Stalins (und unzähliger anderer Zeitgenossen) Sicht ungeheuerlichen Fehler eines Zweifrontenkrieges machen würde. Stalin unterschätzte den Fanatismus, mit dem Hitler seinen apokalyptischen Vernichtungs- und Weltanschauungskrieg ansteuerte, ebenso wie dessen Bereitschaft zum Hazard. Es zeigt sich, dass Stalin trotz seiner Grausamkeit und Skrupellosigkeit und trotz seiner paranoiden Tendenzen letztlich doch ein opportunistischer Machtpolitiker traditionellen Typs war, der den Rahmen einer gewissen Staatsräson nicht verließ, während es sich bei Hitler um einen zutiefst gläubigen Menschen handelte, der einer Religion des Kriegs und der Gewalt anhing, die wahnhafte Züge trug.<sup>13</sup>

Auch die Herrschaftsstile Stalins und Hitlers waren inkommensurabel: Während der sowjetische Diktator die Beziehungen zu Nazideutschland bis ins Detail wie ein absolutistischer Herrscher selbst bestimmte, ließ Hitler unterschiedlichen Fraktionen seines Herrschaftsapparats gewisse zeitlich begrenzte Spielräume, um seine außenpolitischen Manöver glaubwürdiger erscheinen zu lassen. So nahm Stalin fälschlich an, dass die Deutschen mit einer Stimme sprächen und dass die Vertreter einer vornehmlich anti-britischen und daher tendenziell pro-sowjetischen Konzeption, mit denen er und Molotow es zu tun hatten, in ähnlicher Weise Hitlers Absichten zum Ausdruck brächten wie Molotow diejenigen Stalins.

---

<sup>13</sup> Damit soll nicht in Abrede gestellt werden, dass Hitler politischen Instinkt, schauspielerisches Talent und ein großes autodidaktisch angeeignetes Wissen besaß.

Hinzu kam, dass die Atmosphäre in den sowjetischen Führungsgruppen von Terror und Angst vergiftet war. Obwohl viele Militärs und andere Funktionsträger die Anzeichen des bevorstehenden deutschen Angriffs erkannten, traute sich offenbar niemand, die Katastrophenpolitik des Chefs aufzuhalten. Hätte es in der sowjetischen Führung etwas mehr Kollegialität und die Möglichkeit zu offener Diskussion gegeben, wäre das Desaster von 1941 wohl zu verhindern gewesen.<sup>14</sup>

### **Schlussbemerkungen: „Hitler-Stalin-Pakt“, Stalinismus und Totalitarismus**

Wie W. Röhr ausführte, betrieb die Sowjetunion mit dem Nichtangriffsvertrag eine zutiefst unsozialistische Großmachtspolitik und teilte, sich dabei über das Völkerrecht und gültige Verträge mit Polen hinwegsetzend, im Stile des 18. und 19. Jahrhunderts fremde Gebiete und Bevölkerungen am Kabinettstisch unter sich und Deutschland auf. Angesichts seiner Vorgeschichte, vor allem der antisowjetischen Politik Großbritanniens und Frankreichs und ihres *appeasement* gegenüber Nazideutschland, wird der Nichtangriffsvertrag jedoch als Notbehelf der Sowjetunion in schwieriger Lage verständlich. Er war keineswegs der Auslöser des Zweiten Weltkriegs und Resultat sowie Beweis der Wesensgleichheit von Stalinismus und Nazismus, wie es die anti-totalitäre Ideologie gern hätte, sondern vielmehr katastrophale Folge des blinden Antikommunismus der westlichen Führungsgruppen.

Allerdings beschränkte sich Stalins Politik nicht auf Vorfeldsicherung und Zeitgewinn gegenüber der nazideutschen Vernichtungsdrohung, sondern ging weit darüber hinaus und offenbarte sich dabei als zutiefst anti-human und rückschrittlich. Der typische „stalinistische Opportunismus“ (W. Röhr) in der Propaganda begnügte sich nicht damit, den Nichtangriffsvertrag als notwendige Maßnahme zu rechtfertigen, sondern verbot gleich noch jede antifaschistische Agitation gegen Deutschland in der Sowjetunion und der Komintern. Diese Politik irritierte und demoralisierte viele antifaschistische Widerstandskämpfer/-innen und konnte auch zu Spaltungen führen, wie Dr. **Ulrich Schneider** von der „**Fédération International des Résistants**“ (FIR) darlegte.

Doch das war bei weitem nicht das Schlimmste: Die Deutschen hatten sich schon darauf eingestellt, als unvermeidliches Zugeständnis an die Sowjetunion einige inhaftierte kommunistische Führungspersönlichkeiten wie Ernst Thälmann herausgeben zu müssen. Dann stellten die Nazis verblüfft fest, dass die sowjetische Seite nicht nur kein Wort über die gequälten deutschen Kommunisten verlor, sondern sie sogar noch zu Hunderten aus dem sowjetischen Exil an Gestapo und SS auslieferte.<sup>15</sup> Dies ist einer der ungeheuerlichsten unter den unzähligen Akten des Verrats, die Stalin an der kommunistischen Weltbewegung und ihren Idealen übte. Am schwersten jedoch wiegen die Massenmorde an zehntausenden polnischen Offizieren,

---

<sup>14</sup> Die hier gegebene Einschätzung und Kritik Stalins beruht wesentlich auf dem Beitrag von H. Schwendemann, der auf der Tagung allerdings regen Widerspruch bei einigen Teilnehmenden auslöste, ohne dass die Meinungsverschiedenheiten ausführlicher diskutiert worden wären – der Zeitmangel stand verhinderte es. Auf besonderen Unmut stieß Schwendemanns Äußerung, dass Stalin nach dem Beginn der deutschen militärischen Expansion am 01.09.1939 eine regelrechte *appeasement*-Politik gegenüber Hitler betrieben hätte, deren wesentliches Mittel die enormen Rohstofflieferungen gewesen seien.

<sup>15</sup> In einer früheren Textversion war irrtümlich von Tausenden deutschen Kommunist/-innen die Rede, die Stalin an Hitler ausgeliefert hätte. Ich danke Jutta Harnisch (Berlin) für den korrigierenden Hinweis.

Geistlichen, Beamten und Akademikern durch den sowjetischen Geheimdienst NKWD nach der Besetzung Ostpolens. Wie Prof. **Kurt Pätzold** betonte, machen diese Verbrechen gegen die polnische Nation jeden Versuch einer politischen oder moralischen Rechtfertigung der Stalinschen Politik unmöglich.

Leider erheben sich bis heute in der Linken und in der antifaschistischen Bewegung Stimmen zur Verteidigung und Verharmlosung des Stalinismus<sup>16</sup>. Ohne Anerkennung und Kritik des verbrecherischen und anti-emanzipatorischen Wesens des Stalinismus aber kann es keinen wirkungsvollen Widerstand gegen die anti-totalitäre Ideologie und ihre verzerrten Geschichtsbilder geben. Denn zwischen Totalitarismustheorie und Stalinismus besteht eine innige Wechselbeziehung: Jene besitzt genau in dem Maße Wahrheitsgehalt, Glaubwürdigkeit und Zugkraft, in dem dieser sich von der Mission des Kommunismus abwandte, eine menschliche Gesellschaft zu schaffen, und stattdessen in blutigem Terror versank.<sup>17</sup> Jedes Vorgehen gegen die anti-totalitäre Ideologie muss sich gleichzeitig gegen den Stalinismus richten, sonst wird es keine Überzeugungskraft entwickeln.

Mehr noch: Auch die Totalitarismustheorie und die von ihr inspirierten Forschungen können Erkenntnisse vermitteln und Wahrheitsmomente aufweisen. D. Losurdo sprach auf der Tagung von der „beschreibenden Nützlichkeit“ der Totalitarismustheorie, mit der sie das Gemeinsame von Stalinismus und NS erfasse – beides waren „terroristische Einparteiendiktaturen“. Der Veranstalter der Tagung, Prof. **Christoph Koch**, wies in seiner Eröffnungsrede darauf hin, dass die Gemeinsamkeiten zwischen Faschismus und Kommunismus, auf welche die Totalitarismustheorie hinweist, vorwiegend die Ebene der Erscheinungsformen betreffen. Sie seien darauf zurückzuführen, dass beide Bewegungen denselben kulturellen Entstehungsboden teilten – das europäische 19. Jahrhundert – und unter denselben historischen Bedingungen der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts operierten.

Aus materialistischer Sicht bedeutet dies, dass Faschismus und Kommunismus als Ideologien beide von der gesellschaftlichen Wirklichkeit des bürgerlichen Europas bestimmt waren und als Herrschaftssysteme beide unter den Bedingungen von Weltmarkt, imperialistischer Mächtete Konkurrenz, technisierter und industrialisierter Kriegsführung – kurz: unter modernen Bedingungen operierten. Die dadurch bedingten Gemeinsamkeiten sind nicht rein äußerlich in dem Sinne, dass sie flüchtig und unerheblich wären. Vielmehr reichen sie tief in die ideologische, mentale und organisatorische Struktur.

Aber vor dem Hintergrund dieser unbestreitbaren Parallelen leuchtet die wesenhafte Unvereinbarkeit und Unterschiedlichkeit von Faschismus und Kommunismus, die in ihren ureigenen Voraussetzungen, Wertordnungen und Zielrichtungen liegt, nur umso greller auf. Während der Kommunismus auch in seinen schlimmsten Verunstaltungen dem Erbe des Humanismus, der Aufklärung, der Demokratie und der Vorstellung von der prinzipiellen Gleichheit der Menschen immer verpflichtet blieb, bedeuteten Faschismus und NS gerade den radikalen

---

<sup>16</sup> In Anlehnung an Prof. Klaus Kinner (Leipzig) bezeichnet „Stalinismus“ hier ein Herrschaftssystem, einen Politikstil und einen Komplex aus Mentalitätsmerkmalen und Ideologemen, der infolge der speziellen Bedingungen der russisch-sowjetischen Gesellschaft in den 1920-er und 30-er Jahren entstand und für einen großen Teil der kommunistisch-sozialistischen Weltbewegung und viele der nach 1945 entstandenen sozialistischen Staaten kennzeichnend wurde.

<sup>17</sup> Diesen Gedanken hat Gerhard Scheit einmal pointiert ausgedrückt (s. seinen Artikel „Zwischen Leviathan und Behemoth“ aus der „Phase 2.30“ vom Winter 2008).

Bruch mit diesem Erbe zugunsten einer Herrenmenschen-Religion des Krieges und der Gewalt. Genau deswegen war die stalinistische Propaganda ständig zu den grotesksten Verrenkungen gezwungen, um die offenkundige Kluft zwischen Theorie und Praxis irgendwie zu übertünchen, während Nazis und Faschisten trotz aller diplomatischen Täuschungsmanöver im Grunde immer schon ehrlich gesagt hatten, dass sie auf Unterwerfung und Vernichtung aus waren.<sup>18</sup>

*Mathias Wörsching, <http://faschismustheorie.de>*

April 2014

---

<sup>18</sup> Auf diesen substanziellen Unterschied weist der israelische Faschismusforscher Zeev Sternhell hin (s. seinen Aufsatz „Die faschistische Ideologie“, Berlin 2002, S. 100).